

Berlin in Arbeit

Langzeitarbeitslosen wieder eine Perspektive geben!

Einleitung

Berlin ist eine großartige, spannende und lebenswerte Stadt. Viele Menschen leben ihren persönlichen Traum und können sich über ihre Arbeit selbst verwirklichen. Allerdings ist in den vergangenen Jahren vermehrt festzustellen, dass ein nicht unerheblicher Teil der Menschen keine Chancen hat, einfach auf der Strecke und damit längerfristig auf staatliche Transferleistungen angewiesen bleibt. Damit wollen wir uns als Berliner Union nicht zufrieden geben!

Wir wollen allen Menschen Chancen eröffnen und keinen zurücklassen!

Denn Arbeit ist mehr als ein Produktionsfaktor. Sie ist Voraussetzung der individuellen und gesellschaftlichen Existenz des Menschen und Voraussetzung seiner persönlichen Entfaltung. Arbeit bestimmt das menschliche Wesen grundlegend; sie ermöglicht die Sinngestaltung der menschlichen Existenz. Darüber hinaus sichert sie als Erwerbsarbeit den Lebensunterhalt und die allgemeine Daseinsvorsorge. Sie ist schließlich auch ein Medium gesellschaftlicher Anerkennung. Arbeitslosigkeit – und zumal ein hohes Niveau an Arbeitslosigkeit – ist deshalb mit dem Gemeinwohl nicht vereinbar.

Für die Berliner CDU gilt der Grundsatz: Erst einmal auf die Stärken der Menschen schauen. Dieses Land braucht jeden und das, was sie oder er leisten kann. Umgekehrt gilt: Jeder muss sich nach seinen Fähigkeiten und Möglichkeiten einbringen, muss sich erst selbst anstrengen, bevor der Staat unterstützend eingreift.

Jedem die Chance auf Erwerbsarbeit und damit auf Teilhabe zu eröffnen, ist aus unserer Sicht ein Gebot der Gerechtigkeit. Dazu bedarf es in Berlin einer auf nachhaltigem Wachstum ausgerichteten Politik, die insbesondere auf Innovation, Forschung und Entwicklung, gerade auch im industriellen Bereich, setzt. Wir brauchen mehr Industrie-Arbeitsplätze in der Hauptstadt!

Dabei muss es das oberste Ziel sein, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zu schaffen, von deren Gehalt Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und deren Familien ohne Unterstützung des Staates leben können. Hier gilt es, durch eine vernünftige Wirtschafts-, Bildungs- und auch Familienpolitik gerade die jungen Menschen auf den Arbeitsmarkt vorzubereiten. Hierzu bedarf es einer integrationsorientierten, auf den Wirtschafts- und Arbeitsmarktraum Berlin ausgerichteten gesamtstädtischen Arbeitsmarktpolitik.

Wir wollen, dass durch die gezielte Stärkung von neuen Technologien und neuen Industrien Jobs auf dem ersten Arbeitsmarkt in neuen Wirtschaftsbranchen entstehen bzw. bereits bestehende gestärkt werden. Die Studie „Berlin 2020“ der Unternehmensberatung McKinsey hat im Frühjahr 2010 gezeigt, wie in Berlin mindestens eine halbe Million neue Arbeitsplätze in den nächsten zehn Jahren entstehen können.

Mit einer klugen und gezielten Wirtschaftspolitik wollen wir den Jobmotor unter anderem in den Branchen Elektromobilität, Informations- und Kommunikationstechnik sowie in der Gesundheit zum Laufen bringen. Dadurch entsteht zusätzliche Wertschöpfung, die die Stadt dringend braucht. Über Dienstleister und Zulieferer entstehen zusätzliche Jobs, die gerade auch für Langzeitarbeitslose erreichbar werden. Gleichzeitig soll unsere Wirtschaftspolitik so entwickelt werden, dass auch für gering Qualifizierte neue Jobs entstehen, etwa in der Kongress- und Logistikbranche.

Aber auch den Unternehmen kommt eine wichtige Aufgabe zu. Sie müssen ihre Anstrengungen bei der Fort- und Weiterbildung erhöhen, um ihren Beitrag zur Besetzung offener und benötigter Stellen im Fachkräftebereich zu leisten.

Nichts desto trotz wird es kurzfristig nicht gelingen, alle Langzeitarbeitslosen sofort in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Daher müssen für diese Menschen eigene spezifische Arbeitsmarktinstrumente entwickelt werden. Dazu gehören für uns auch Menschen, die in einer Bedarfsgemeinschaft leben und keine finanziellen Leistungen beziehen und zu häufig auch keine Förderung erhalten. Auch ihnen wollen wir eine Chance auf eine sinnvolle und bezahlte Beschäftigung geben.

Arbeitslosigkeit ist für viele Berlinerinnen und Berliner ein drängendes Problem.

Nicht nur die mit Arbeitslosigkeit verbundenen finanziellen Sorgen, sondern vor allem das Gefühl, nicht gebraucht zu werden, macht Menschen mutlos. Besonders betroffen sind Langzeitarbeitslose, die zum Teil seit vielen Jahren erwerbslos sind. Ihr Anteil machte im August 2010 rund 33 Prozent der Arbeitslosen in Berlin aus. Sie müssen in Zukunft stärker im Fokus der Politik stehen und dürfen nicht mehr länger nur verwaltet werden. Denn unstrittig ist, dass es in unserer Stadt genügend unerledigte Aufgaben gibt.

Arbeitslose dürfen nicht nur versorgt und im Übrigen sich selbst überlassen werden. Neben der Grundversorgung soll jeder, der arbeitslos ist, wieder eine sinnvolle Beschäftigung bekommen. Denn Arbeit ist erfüllend und sinnstiftend. Sie sorgt für Struktur im Alltag. Sie vermittelt täglich vielschichtige soziale Kontakte. Wer arbeitet, bekommt neuen Lebensmut und fühlt sich als Teil der Gemeinschaft.

Der rot-rote Senat hat die langzeitarbeitslosen Menschen in Berlin schon lange aus dem Blick verloren. Sozialdemokraten und Sozialisten haben sich trotz ihrer öffentlichen Bekenntnisse damit abgefunden, dass Berlin die Bundeshauptstadt der Arbeitslosigkeit ist. Sie haben vor ihrer eigenen Ideenlosigkeit kapituliert. Der rot-rote Senat verwaltet Armut und Arbeitslosigkeit in Berlin nur noch.

Die Berliner CDU findet sich mit einer hohen Sockelarbeitslosigkeit nicht ab und hat sich zum Ziel gesetzt, neben den bundeseinheitlichen herkömmlichen Förderinstrumenten, eigene berlingspezifische Instrumente zu entwickeln, die jeder Arbeitslosen und jedem Arbeitslosen eine Perspektive auf sinnvolle Beschäftigung möglichst im ersten Arbeitsmarkt gibt. Wir, die Berliner CDU, legen im Jahr vor der Abgeordnetenhauswahl unser Konzept „Berlin in Arbeit“ vor und reagieren damit auf die unhaltbaren rot-roten Zustände.

In anderen Städten ist es bereits gelungen, schwer vermittelbare, ungelernte oder gering qualifizierte Arbeitslose in großer Zahl wieder zu beschäftigen. Sie werden seit Jahren

systematisch betreut, weitergebildet, immer wieder neu beschäftigt und sehr eng begleitet.

In Rotterdam gilt das Erfolgsprojekt „Werkland“ als Kern der städtischen Arbeitsmarktpolitik, das auch für Berlin beispielgebend sein kann. Aber auch in New York wurden in den vergangenen Jahren nach demselben Prinzip hunderte einfacher Arbeitsmöglichkeiten in der Wirtschaft, bei freien Trägern und in der Kommunalverwaltung geschaffen.

Solche Systeme können auch in Berlin greifen. Wir wollen, dass auch in Berlin den meisten Langzeitarbeitslosen innerhalb weniger Jahre der Rückweg aus der Aussichtslosigkeit in den ersten Arbeitsmarkt geebnet werden kann.

Der Status quo in Berlin – ein unhaltbarer Zustand

Die Arbeitsmarktsituation in Berlin ist trotz der positiven wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland äußerst angespannt. Die Arbeitslosenquote verharrt im August 2010 bei 13,7 Prozent und insgesamt 234.423 Arbeitslosen. Allein 76.957 Menschen und damit 33 Prozent aller arbeitslos Gemeldeten sind länger als zwölf Monate ohne Job. Damit liegt Berlin deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Die deutsche Hauptstadt ist nicht Motor, sondern Bremse bei der Beschäftigung. Innovative Ideen seitens des rot-roten Senats gibt es nicht und sind auch nicht zu erwarten.

Trotz umfassender Reformen am Arbeitsmarkt ist es bei steigenden Ausgaben für die Eingliederung von Arbeitslosen insbesondere in Berlin nicht in dem erwünschten Umfang gelungen, die Arbeitslosigkeit nachhaltig zu senken. Verantwortlich dafür ist zweifelsohne eine verfehlte Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik des rot-roten Senates. Es rächt sich nun, dass insbesondere die Pflege einer industriellen Basis in Berlin sträflich vernachlässigt wurde. Gerade von diesen Arbeitsplätzen konnten in der Vergangenheit viele Beschäftigte einen guten Lebensstandard für ihre Familien erreichen, der in Berlin inzwischen jedoch weitgehend weggebrochen ist.

Durch den Verlust von regulären sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen in Berlin schwindet auch eine entscheidende Basis für die Arbeitsagenturen und die JobCenter, Arbeitslose zeitnah nach einem Arbeitsplatzverlust wieder in Arbeit zu bringen. Die Folge ist eine steigende und sich festigende Langzeitarbeitslosigkeit, die für die betroffenen Menschen mehr Schaden als nur den Verlust des Arbeitsplatzes und damit die Verringerung des Einkommens bedeutet. Vielmehr kratzt die Beschäftigungslosigkeit auch an der Seele und dem persönlichen Selbstwertgefühl. Für die Betroffenen entsteht auch gesellschaftlich vermittelt das Gefühl, nicht mehr gebraucht zu werden und weniger Wert zu sein.

Darüber hinaus ist es in Berlin nicht gelungen, den Strukturwandel von einfachen zu hochqualifizierten Arbeitsplätzen zu vollziehen. Der massive Abbau einfacher industrieller Arbeitsplätze hat die Langzeitarbeitslosigkeit in Berlin massiv steigen lassen.

Eine wesentliche Folge dieser hohen Sockelarbeitslosigkeit ist die steigende Armut. Fast 20 Prozent der Hauptstädter sind von Armut bedroht, wenn man das bundesweite Durchschnittseinkommen zugrunde legt. Damit liegt die Hauptstadt im Vergleich der Bundesländer nach Angaben des Statistischen Bundesamts an fünftletzter Stelle. Eine

besonders armutsgefährdete Gruppe sind die Singles, Alleinerziehende und kinderreiche Familien. Auch mehr als ein Viertel der jungen Berliner verdient weniger als 742 Euro netto im Monat.

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und das Institut für Weltwirtschaft (IfW) haben vor wenigen Wochen festgestellt, dass es vielen von Langzeitarbeitslosigkeit betroffenen Menschen an Selbstvertrauen, Ideen oder Anreizen mangelt, sich aus dieser Situation selbst zu befreien.

Renommierte Wissenschaftler haben in Studien nachgewiesen, dass insbesondere Familien und Alleinerziehende diesen Wirkungen von Langzeitarbeitslosigkeit ausgesetzt sind: Für Haushalte mit Kindern bestehen nur wenig finanzielle Anreize, eine gering bezahlte, aber existenzsichernde Beschäftigung aufzunehmen. Bei alleinerziehenden Eltern existiert ein scheinbar auswegloser Zirkelschluss: Ohne Kinderbetreuung werden Alleinerziehende nicht eingestellt, ohne Tätigkeit haben sie keinen Anspruch auf eine Kinderbetreuung. Gleichzeitig ist bekannt, dass insbesondere lang anhaltende Arbeitslosigkeit von Eltern die Perspektiven ihrer Kinder nachhaltig beeinträchtigen kann.

Innerhalb der Langzeitarbeitslosen gibt es auch relativ viele Zuwanderer, wenn sie auch nicht die Mehrheit in dieser Gruppe repräsentieren. Hier führt das hier beschriebene Konzept nicht nur zu einem Ausweg auch für diese Menschen. Vielmehr hat es auch eine stark integrierende Wirkung. Sozial schwache, langzeitarbeitslose Zuwanderer werden am besten am Arbeitsplatz in unsere Gesellschaft integriert und an ihre Werte herangeführt.

Die allergrößte Zahl der Arbeitslosengeld II-Bezieher will arbeiten und leistet ihren Beitrag durch die Teilnahme an Qualifizierungsmaßnahmen und eine aktive Arbeitsplatzsuche. Auf jene muss unser Hauptaugenmerk gerichtet sein, ohne die anderen aus dem Blickfeld zu nehmen und ihnen in kleineren Schritten eine Chance der gesellschaftlichen Teilhabe zu geben. Denn persönliches Engagement führt in Berlin auf Grund der schlechten Arbeitsmarktsituation leider zu selten zum Erfolg. Zum Fördern gehört jedoch auch immer das Fordern. Daher lässt die Berliner Union aber auch jene nicht aus dem Blick, die nicht bereit sind, ihren Beitrag zur Vermittlung in eine neue Beschäftigung zu leisten. Hier gilt es, notfalls auch mit Sanktionen den nötigen Druck aufzubauen.

Arbeitsmarkt - was wir ändern werden

Berlin muss neben den bundeseinheitlichen Maßnahmen auch eigene nachhaltige Anstrengungen zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit unternehmen. Im Zentrum jeglicher Initiativen muss das Ziel stehen, Arbeitslose auf den ersten Arbeitsmarkt vorzubereiten, um so die Erfolgsaussichten auf eine reguläre sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu erhöhen. In diesem Zusammenhang begrüßt die Berliner CDU die Initiativen von Bundesarbeitsministerin von der Leyen, bisher bestehende Arbeitsmarktprogramme auf ihre Wirksamkeit hin zu überprüfen, die Eingliederungsmaßnahmen effektiver und damit zielgenauer auszurichten und als Unterstützung und Übergang in den ersten Arbeitsmarkt die so genannte Bürgerarbeit einzuführen. Hier setzt auch das Konzept „Berlin in Arbeit“ der Berliner CDU an.

Voraussetzung hierfür ist die Installation einer zentralen – auf die Großstadt Berlin ausgerichteten – Arbeitsmarktpolitik zwischen dem Land Berlin und der Arbeitsagentur.

Im Rahmen dieser berlinweiten Arbeitsmarktpolitik wird ein Personenkreis definiert, der mehr als ein Jahr arbeitslos gemeldet ist und bisher trotz intensiver Anstrengungen kurzfristig nicht in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden konnte, jedoch vorhandene Potentiale vorzuweisen hat. Die Festlegung auf einen Personenkreis und die Teilnahme an dem Programm Bürgerarbeit ist in einer ersten Erprobungsphase freiwillig.

Wir werden nach der Wahl folgendes Fünf-Punkte-Programm zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit umsetzen:

1. Begleitung und Unterstützung durch Mentoren

Sehr häufig ist bei Langzeitarbeitslosen nachvollziehbarer Weise inzwischen Resignation und Hoffnungslosigkeit eingetreten, die sich in den bisher erfolglos unternommenen Vermittlungsversuchen erklären. Darüber hinaus sind die Betroffenen häufig in eine persönliche, wie finanzielle Situation geraten, aus der sie sich nur mit Hilfe und intensiver Unterstützung befreien können.

Dafür werden wir selbständige Arbeitsvermittler einsetzen, die die von Langzeitarbeitslosigkeit Betroffenen in ihre Obhut nehmen und diese kontinuierlich zu ihren Arbeitsaktivitäten und Schulungen begleiten. Sie helfen dabei, den Weg zurück in die Arbeitsgesellschaft zu finden – auch als Motivationstrainer. Der Mentor sorgt dafür, dass die Teilnehmer motiviert und am Ball bleiben. Damit die Vermittlung nicht nur ein kurzfristiger Erfolg ist und betroffene Menschen nicht von kurzfristigen Scheinarbeitsverhältnissen weiter frustriert werden, wird eine Vermittlungsprämie erst nach bestandener Probezeit ausgezahlt. So wird einem Missbrauch vorgebeugt.

Von diesem Mentor bekommen sie Schulungen und individuelle Hilfe in allen Bewerbungsangelegenheiten vermittelt. Er hilft ihnen auch weiter, wenn sie gesundheitlich nicht in der Lage sind, die Suche nach einem neuen Job aufzunehmen.

So wie in New York – wo der Mentor auch Motivationstrainer genannt wird – achtet er auch darauf, dass der Arbeitssuchende am Ball bleibt und in seinen Bemühungen nicht nachlässt. Die so von den Mentoren betreuten Langzeitarbeitslosen haben dadurch, dass sie in Arbeit gehalten und parallel bei der Jobsuche begleitet werden, sehr gute Chancen auf eine neue Arbeit. Die Vermittlungsquoten dieser so genannten Work-First-Strategien sind hoch. So konnten bei ähnlichen Modellen in Sachsen-Anhalt und Hessen 40 bis 50 Prozent der Langzeitarbeitslosen wieder in den ersten Arbeitsmarkt zurück geholt werden.

Ein Mentoring kann aufgrund der gegenwärtigen Gesetzeslage in Deutschland nicht bezahlt werden. Wir werden uns deshalb auf Bundesebene für eine Änderung dieser Gesetzeslage einsetzen, so dass mittelfristig auch Mentoring-Leistungen von den Berliner JobCentern angeboten werden können. Bereits jetzt sollten Mittel aus dem Bereich der freien Förderung hierfür, noch stärker als bisher, genutzt werden.

Maßnahme 1:

In enger Abstimmung mit dem JobCenter wollen wir jeden Langzeitarbeitslosen, der am Programm Bürgerarbeit teilnimmt, einen persönlichen Mentor an die Seite stellen. Dieser Motivationstrainer begleitet Langzeitarbeitslose kontinuierlich. Die Aufgabe des Mentoren wird in einer europaweiten Ausschreibung an mehrere freie Träger vergeben.

2. Vergabe der Arbeitsvermittlung an freie Träger

Der rot-rote Senat beschränkte seine Arbeitsmarktinitiativen in den vergangenen Jahren auf den sogenannten „Öffentlichen Beschäftigungssektor“. Dieser wurde medienwirksam als Erfolg verkauft. Dieser Beschäftigungssektor, mit viel Geld aus dem Landeshaushalt ausgestattet, scheiterte schnell, weil Langzeitarbeitslose hier ausschließlich innerhalb eines zweiten Arbeitsmarktes unterkamen. Im „ÖBS“ gibt es keine Brücken aus diesem geschützten Bereich in den ersten Arbeitsmarkt. Für sie eröffneten sich keine Chancen innerhalb der Verwaltung oder der freien Wirtschaft.

Die christlich-liberale Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag angekündigt, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass neue Lösungsansätze wie z. B. die „Bürgerarbeit“ „ab Beginn der Arbeitslosigkeit erprobt werden können“. Die Bundesarbeitsministerin verkündete, dass in diesem Jahr so 33.000 Langezeitarbeitslose einen Job finden sollen. Dieser Ansatz ist die Grundlage unseres arbeitsmarktpolitischen Konzepts „Berlin in Arbeit“.

Wir von der Berliner CDU orientieren uns bei unserer Hilfe für die Langzeitarbeitslosen an Vorbildern, die bereits gut funktionieren. Wir besuchten New York und Rotterdam. In beiden Städten gehen die Arbeitsmarktpolitiker von der Devise aus: „Jeder kann irgendetwas.“

In Rotterdam gilt das Erfolgsprojekt „Werkland“ als Kern der städtischen Arbeitsmarktpolitik. Das kommunale Unternehmen „Werkland“ stellt schwer vermittelbare, ungelernete oder gering qualifizierte Langzeitarbeitslose ein und vermittelt sie in Nachbarschaftszentren, Vereine, Kirchengemeinden und kommunale und private Unternehmen. Sie verrichten einfache Dienstleistungstätigkeiten; den Lohn zahlt das Unternehmen Werkland, das aus dem Sozialbudget der Stadt Rotterdam finanziert wird.

Die Langzeitarbeitslosen arbeiten als Hauswarte oder Pförtner, als Aufsichtspersonal in Wohnungsbaugesellschaften, als Einparkhelfer auf Parkplätzen und als kundige Begleiter bei Amts- und Behördengängen. Bekannt über Medienberichte wurden die Einparkhelfer von Werkland, die in Rotterdamer Supermärkten an den Kassen stehen und Kunden kostenlos ihre Waren in Tüten packen.

In New York wurden in den vergangenen Jahren nach demselben Prinzip hunderte einfache Arbeitsmöglichkeiten in der Wirtschaft, bei freien Trägern und in der Kommunalverwaltung geschaffen: „Grüne Jobs“ in der Grünpflege, „blaue Jobs“ in den Sicherheitsdiensten und „orange Jobs“ bei den Reinigungsbetrieben.

In beiden Städten wurde die Arbeitszeit der so beschäftigten Langzeitarbeitslosen auf 16 bis 24 Stunden pro Woche beschränkt. Warum? In der verbleibenden Zeit werden sie von einem Mentor bei der Suche nach einem „echten“ Arbeitsplatz bzw. auch bei der weiteren Qualifizierung betreut.

Die Berliner Union ist der Auffassung, dass auch einfache regelmäßige Arbeitsaktivitäten grundlegend für die Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen sind. Zu diesen einfachen Tätigkeiten gehören zum Beispiel Sicherheitsassistenten im Öffentlichen Personennahverkehr oder auch Concierge-Dienstleistungen (Hauswarte, Pförtner, „Doormen“) für Wohnhäuser. Besonders beliebt ist dieses Aufsichtspersonal bei

Wohnungsbaugesellschaften in sozialen Brennpunkten. Denn als Nebeneffekt dieser Tätigkeit nehmen Sachbeschädigungen und Verwahrlosung in den Eingangsbereichen und Treppenaufgängen ab. Daneben können die Hauswarte für Mieter rund um die Uhr für Dienstleistungen wie Fahrdienste, Erledigung von Einkäufen, Botengänge, Versorgung von Haustieren und Pflanzen, Entsorgung von Müll und dergleichen mehr zur Verfügung stehen.

Maßnahme 2:

Langzeitarbeitslose werden in einer ersten Erprobungsphase auf freiwilliger Basis von Freien Trägern eingestellt und bezahlt. Dieser freie Träger vermittelt die Betroffenen in Firmen, Vereinen, Kitas, Altersheimen und Kirchengemeinden. Für die dadurch erbrachten Leistungen beteiligen sich die Unternehmen anteilig an den Kosten dieses Programms. Die Vermittlungsaufgabe wird in einer europaweiten Ausschreibung an mehrere freie Träger vergeben. Weiterhin wird zu prüfen sein, inwieweit ungelernete und geringqualifizierte Langzeitarbeitslose, insbesondere auch Migranten, in den bezirklichen Grünflächen- und Ordnungsämtern sowie bei der Berliner Stadtreinigung (BSR) eine dem Allgemeinwohl dienende, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung finden können.

3. Qualifizierungsmaßnahmen schaffen Perspektiven

Wir sind der Überzeugung, dass jeder Mensch Potentiale und Begabungen hat, die es gilt zu fördern. Daher ist wesentlicher Bestandteil des Programms Bürgerarbeit, nicht an den Qualifizierungsbemühungen nachzulassen und Aufstiegschancen zu ermöglichen.

Zu der „Work-First-Strategie“ gehört, die Teilnehmer neben der Arbeit zusätzlich weiterzubilden – beispielsweise mit Sprachkursen und Bewerbungstraining. Diese Maßnahmen müssen jedoch sinnvoll und zielführend sein. Sich ständig wiederholende Bewerbungstrainings führen nicht zur gewünschten Weiterqualifizierung. Die Kenntnisse aus dem Sprachkurs können sofort im Job angewandt und geübt werden. Dadurch, dass die Arbeitszeit auf 16 bis 24 Stunden pro Woche beschränkt ist, bleibt genügend Zeit für eigene Bewerbungsaktivitäten. Die Langzeitarbeitslosen werden so lange betreut und geschult, bis sie wieder einen Arbeitsplatz auf dem ersten Arbeitsmarkt erlangt haben.

Maßnahme 3:

Wir wollen, dass die Qualifizierungsmaßnahmen zukünftig enger zwischen dem JobCenter und den Mentoren abgestimmt werden und zielgenauer auf den ersten Arbeitsmarkt vorbereiten. Diese Maßnahmen müssen in einem direkten Zusammenhang mit dem Einsatz des Langzeitarbeitslosen vor Ort an seiner aktuellen Arbeitsstelle stehen.

4. Gesundheitsförderung ausbauen

Eine gute gesundheitliche Verfassung ist die Grundlage zur Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt. Untersuchungen belegen jedoch, dass sich bei einigen Arbeitslosen der schlechte Gesundheitszustand als Vermittlungshemmnis auswirkt. In New York erhalten Arbeitslose in diesen Fällen bereits beim ersten Besuch des JobCenters medizinische Hilfe durch Ärzte, die eine persönliche Therapie erstellen, mit der die Betroffenen wieder fit für den Arbeitsmarkt gemacht werden.

Maßnahme 4:

Wir wollen eine enge Kooperation bzw. Vernetzung zwischen den JobCentern und den bezirklichen Gesundheitsämtern, Krankenkassen und Rentenversicherungsträgern verpflichtend anstreben, um den Betroffenen zu helfen, ihre eventuell vorhandenen Gesundheitsprobleme konsequent zu beheben und so neben der Verbesserung des persönlichen Befindens auch die Arbeitsfähigkeit wiederherzustellen. Diesen Ansatz gibt es bereits in einigen Kommunen in Deutschland.

5. Jeder Familie eine Perspektive auf auskömmliches Einkommen geben

Die Berliner CDU verfolgt das Ziel, dass in allen Berliner Familien mindestens eine Person einer regelmäßigen, sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgeht. Wir wollen, dass sich in jeder Familie wieder eine Perspektive auf Wohlstand durch Arbeit eröffnet.

Wir wollen Menschen, die keine Idee mehr haben, wieder eine Idee geben, was sie arbeiten und wo sie gebraucht werden könnten.

Wir meinen, dass der Sozialstaat seiner Verantwortung nicht allein dadurch nachkommt, dass er Arbeitslosen pünktlich die Grundsicherung überweist. Wir meinen, dass der Sozialstaat seiner Verantwortung erst dann gerecht wird, wenn er jedem einzelnen von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen das Gefühl gibt, gebraucht zu werden. In diesem Sinne ist es Pflicht des Sozialstaates, Arbeitslosen zu helfen, wieder dorthin zu kommen, wo sie sich sinnvoll betätigen können.

Maßnahme 5:

Jede von Arbeitslosigkeit betroffene Familie bekommt Unterstützung mit dem Ziel, dass mindestens ein Erwachsener wieder einen menschenwürdigen, sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz hat. Arbeitslosen Alleinerziehenden wird neben einem konkreten Jobangebot auch eine Kinderbetreuung vermittelt, die es den betroffenen Müttern oder Vätern ermöglicht, der Tätigkeit nachzugehen.

Fazit:

Dieser Work-First-Ansatz ist in erster Linie ein hoch entwickeltes Investitionsprogramm für Beschäftigung, das langzeitarbeitslosen Menschen dabei hilft, die eigenen Hindernisse zu überwinden und eine gute Position auf dem Arbeitsmarkt zu erreichen. Mit der Kombination von Arbeitsaktivitäten, Schulungen, Qualifikation und Stellensuche sowie einer direkten, sekundären Unterstützung, wie Kinderhorte, medizinische und soziale Dienstleistungen, können bei der Wiedereingliederung weitest gehende und nachhaltige Resultate erreicht werden. Die Organisation der Berliner JobCenter wird diesem gesamtstädtischen Ziel im Benehmen mit der Bundesagentur für Arbeit angepasst.

Die Erfahrungen mit dem Modell „Bürgerarbeit“ in Deutschland lieferten beeindruckende empirische Zahlen: Die Vermittlungsquoten einer „Work-First“-Strategie in den ersten Arbeitsmarkt liegen bei 40 bis 50 Prozent.

Vorgelegt und erarbeitet unter der Leitung des Generalsekretärs Bernd Krömer von Prof. Dr. Niels Korte und Kai Wegner, MdB

Beschlossen auf dem 7. Kleinen Landesparteitag der CDU Berlin am 30. September 2010.